

## 65 Jahre VVN-BdA

Vereinigung der  
Verfolgten des Nazi-  
regimes – Bund der  
Antifaschisten

**G**leich nach dem zweiten Weltkrieg im November 1946 stellte eine Gruppe „früher aus politischen, rassischen und religiösen Gründen in Pinneberg“ Verfolgte an die Britische Militärregierung den Antrag zur Genehmigung einer „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“. Ein Jahr später gründeten dann namhafte Antifaschistinnen und Antifaschisten, Überlebende aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern, aktive Teilnehmer am Widerstand und Rückkehrer aus der Emigration die Kreisvereinigung der VVN.



Sie waren angetreten, den Schwur der Überlebenden aus dem KZ-Buchenwald, der da lautet: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!“ zu erfüllen. Sie ahnten nicht, dass diese Aussagen 65 Jahre später nichts von ihrer Aktualität verloren haben. Im Rahmen einer festlichen Veranstaltung soll am **Sonnabend, den 24. November 2012 um 15 Uhr im Rathaus der Stadt Elmshorn** das 65. Gründungsjahr der VVN-BdA im Kreis Pinneberg gewürdigt werden. Neben den Rednern der VVN-BdA wird auch die Elmshorner Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek zu hören sein.

Den kulturellen Rahmen werden mit Liedern und Texten die Elmshorner Sängerin Anna Haentjens, am Klavier begleitet von Maarten Slooves sowie Dirk Wilke und Peter Schenzer von der Gruppe Rotdorn gestalten.

## Stadtvertretung beschließt drastische Strompreiserhöhung:

# Endlich Energiekonzerne entmachten!

**Z**um 1.1.2013 werden auch in Barmstedt die Strompreise erneut stark steigen: Die Stadtvertretung beschloss bei Gegenstimmen durch die BALL-Fraktion eine Erhöhung des Arbeitspreises im Grundversorgungsstarif um 12% auf 27,25 Ct/kWh. Die BALL-Fraktion stimmte gegen die Strompreiserhöhung, da diese Haushalte mit geringem Einkommen besonders hart trifft. Aber die Gegenstimmen der BALL bedeuten auch Unterstützung des Widerstands gegen eine Energiepolitik der Bundesregierung, die Konzerne und Großverbraucher beschenkt und die Endverbraucher abkassiert. Der Widerstand auch in Barmstedt ist stark: Ein engagierter Rentner hat allein in kurzer Zeit mehr als 650 Protestunterschriften gegen die Strompreiserhöhung gesammelt!

Im Werkausschuss hatte der Leiter der Barmstedter Stadtwerke massive Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung geübt, die letztlich die Stadtwerke in die Lage

brächten von den Endverbrauchern das Geld einzutreiben. In der Stadtvertretung schlossen sich auch Sprecher aller Fraktionen dieser massiven Kritik an. Insbesondere wurde einhellig kritisiert, dass die Bevölkerung, aber auch kleine Gewerbetreibende Milliarden beim Strompreis zuviel zahlen, weil vor allem Konzernbetriebe und Stromgroßverbraucher zahlreiche Befreiungen und Vergünstigungen von den verschiedenen Bundesregierungen erhalten haben, so z. B.: Etwa 6.000 Industriebetriebe zahlen keine EEG-Abgabe. Stromgroßverbraucher mit mehr als 10 Mio. kWh sind vollständig von Netzentgelten befreit, ebenso gibt es teilweise Befreiungen von der Stromsteuer. Risiken aus Investitionen der Energiekonzerne in Offshore-Anlagen in der Nordsee werden vom Verbraucher übernommen.

Die BALL-Fraktion kritisiert vor allem, dass die Kosten für den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien weitgehend auf die Endverbraucher



abgewälzt werden. Wie eine Greenpeace-Studie belegt, haben die verschiedenen Bundesregierungen die Energiekonzerne für die Produktion des Atomstroms allein bis 2008 mit insgesamt mehr als 250 Milliarden Euro subventioniert, von den menschlichen Opfern und nicht kalkulierbaren Milliardenkosten im Falle von Atomunfällen ganz zu schweigen (siehe

Fukushima). Umgekehrt haben e.on, RWE, Vattenfall und EnBW allein seit 2002 mehr als 100 Milliarden Euro Gewinn gemacht, allein e.on und RWE im ersten Halbjahr 2012 11,7 Milliarden Euro! Gegenüber 2008 sind die Beschaffungspreise für Strom stark gesunken, u. a. durch die zusätzliche Stromproduktion durch regenerative Energien. Aber die marktbe-

herrschenden Energiekonzerne geben die Preissenkungen nicht weiter. Wenn die Gewinne der Energiekonzerne abgeschöpft werden und erneuerbare Energien ähnlich wie die Atomenergie gefördert werden, brauchen die normalen Haushalte nicht mehr zahlen.

Die BALL-Fraktion sprach sich dafür aus, dass zumindest der Strom-Sozialtarif, den Hartz-IV-Empfänger, Sozialhilfeempfänger und Grundsicherungrentner erhalten können, verbessert wird. Neben der Befreiung von der Grundgebühr sollte die Stromfreimenge von 250 auf 300 kWh pro Haushaltsmitglied angehoben werden. Des Weiteren erwartet die BALL, dass niemandem, der in finanzielle Not gekommen ist, der Strom abgedreht wird. Dies geschieht inzwischen bei 800.000 Haushalten im Jahr. **„Zur grundgesetzlich zu schützenden Menschenwürde gehört es, dass niemand im Dunkeln sitzen gelassen wird“**, so BALL-Fraktions-sprecher Dr. Günter Thiel.

## Meierei/Käsefabrik verbraucht fast 300.000 m<sup>3</sup> Grundwasser im Jahr:

# Wasserraubbau muss beendet werden!

**D**ie Meierei schöpft aus einem eigenen Brunnen jährlich rund 300.000 m<sup>3</sup> Grundwasser. Sie hat eine Genehmigung des Kreises bis zum 31.12.2012, und jetzt läuft ein wasserrechtliches Antragsverfahren auf langfristige Genehmigung dieser Schöpfungsmengen. Vor allem die geplante Ausweitung der Käseproduktion, insbesondere der Export von sogenannten „Käsebröten“, wird zukünftig einen erhöhten Wasserverbrauch erfordern, da u. a. längere und häufigere Reinigungen der Anlagen erforderlich werden.

Der gewaltige Raubbau am Grundwasser durch die Meierei ist deshalb unerträglich, weil mittlerweile die Barmstedter Bevölkerung ihr Wasser aus dem gleichen Grundwasserleiter zu 100 % bezieht, da mittlerweile alle Brunnen im oberen Grundwasserleiter (ca. 30m Tiefe) mit Schadstoffen und Giften belastet



sind. Unerträglich auch die Verhältnisse: Die gesamte Barmstedter Bevölkerung verbraucht etwa 500.000 m<sup>3</sup> im Jahr, die Meierei etwa 300.000 m<sup>3</sup> und zukünftig womöglich noch mehr! Ganz nebenbei ist es genauso unerträglich, dass die Meierei für diese Wassermengen keinen Cent und

zudem für die Einleitung ihres Brüdenwassers in die Regenwasserkanalisation nur einen Bruchteil von dem bezahlt, was die Barmstedter Bevölkerung bezahlen muss.

Bereits vor Jahren wurde vom Kreis die geologische Überprüfung des Grundwasserleiters

gefordert, aus dem die Meierei ihr Wasser schöpft. Zwar erhielt die Meierei vom Kreis eine Genehmigung nach der anderen auf Erhöhung der Schöpfungsmengen. So entnahm die Meierei 2005 etwa 130.000 m<sup>3</sup> aus dem Grundwasser, 2011 waren es fast 300.000 m<sup>3</sup>. Aber die Überprüfung, welche Mengenentnahmen der Grundwasserleiter in etwa 100 Metern Tiefe langfristig verkraftet, blieb aus. Erst nachdem in den letzten Jahren dieser skandalöse Zustand immer häufiger öffentlich – u. a. nicht zuletzt durch die BALL – kritisiert wurde, aber auch auf Drängen der Stadtwerke legte die Meierei vor kurzem ein „Gutachten“ vor. Dieses „Gutachten“ wurde von der Meierei in Auftrag gegeben, und danach wäre der Raubbau am Grundwasserleiter durch den Meiereibrunnen langfristig kein Problem, für die Barmstedter Bevölkerung bliebe auch genügend Wasser

übrig. Das „Gutachten“ der Meierei ist jedoch sehr mangelhaft, und alle Fehler zusammen täuschen den Eindruck vor, als wäre die Grundwasserentnahme durch die Meierei unproblematisch. Vorsichtshalber wird jedoch keine Aussage gewagt, welche Wassermengen denn wie lange entnommen werden können.

Es kann bei dem jetzt laufenden Antragsverfahren nur einen massiven Widerspruch der Stadt Barmstedt gegen eine Verlängerung der Schöpfrechte durch die Meierei geben. Es dürfte sich mittlerweile auch bis Barmstedt herum gesprochen haben, dass unbelastetes Wasser schon jetzt und in Zukunft noch mehr ein kostbares Gut ist. Und: **Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass die Meierei das Trinkwasser der Barmstedter Bevölkerung in diesen gewaltigen Mengen vergeudet.**

# Mehrheit für teure lange Sohlgleite

Die Stadtvertretung beschloss mit den Stimmen von FWB, SPD und einer CDU-Stimme am 6.11.2012 den Bau der langen und teuren Sohlgleite von den Kleingärten an der Krückau über den Lill'schen Hügel am See. Die BALL-Fraktion sowie die Mehrheit der CDU stimmten dagegen und sprachen sich für eine Sohlgleitenplanung auf der Grundlage einer kurzen und sehr viel kostengünstigeren Variante entlang des LKW-Wendplatzes bei der Wassermühle aus. Die lange Sohlgleite (Städtischer Kostenanteil rd. 1.86 Mio. Euro einschliesslich Folgekosten) wird gegenüber einer kurzen Variante (Städtischer Kostenanteil rd. 208.000,- Euro) nach dem von der Stadt in Auftrag gegebenen Gutachten rd. 1.6 Mio. Euro teurer werden, letzte Kostensteigerungen und Kritiken an einzelnen Kostenschätzungen nicht berücksichtigt. Die Finanzierung der teuren Variante wollen FWB und SPD durch Baulandverkauf auf ca. 2 ha des Lill'schen Hügels wieder reinholen. Dazu ist der Erwerb des Lill'schen Hügels zu einem überhöhten Preis erforderlich. Die Kosten in unbekannter Höhe südlich des Spitzerfurths sollen vom Abwasserzweckverband für die gleichzeitige Sanierung von Leitungssystemen getragen werden. Ob und in welchem Umfang dies möglich sein wird, wusste keiner.

Die Entscheidung für die teure Variante wurde wiederholt mit Verweis auf das Gutachten, das letztlich die teure Variante

empfiehlt, begründet. Zu dieser Empfehlung kommt das Gutachten, indem die gewaltigen Kostenunterschiede zu gering bewertet wurden. Immerhin weist das Gutachten selbst darauf hin,

Worte: Es würde sehr viel für die Ökologie getan, wenn zwischen dem neuen Baugebiet und der Sohlgleite eine grüne Pufferzone angelegt würde. Dazu erklärt die BALL, dass es noch besser wäre,

wertet werden. Letztlich hat die BALL-Fraktion sich für die Planung einer kurzen Sohlgleitenvariante ausgesprochen. Diese ist erheblich kostengünstiger, die



dass bei anderen Bewertungsmaßstäben auch andere Empfehlungen produziert werden könnten.

Zu verschiedenen wichtigen Aspekten schweigt das Gutachten, so zur ganz zentralen Frage, wie denn die Einleitung von einigen Hunderttausend Kubikmetern industriellem Abwasser der Meierei in die Krückau im Einklang mit der Zielsetzung der Verbesserung der Wasserqualität stehen soll.

Sprecher der FWB verpackten die geplante Bebauung des Seerandbereichs und eines Mehrmillionen-Baugeschäfts bei ca. 20- 40 Wohneinheiten in „grüne“

wenn der gesamte Lill'sche Hügel – natürlich zu einem Preis für Ackerland – erworben würde und ökologisch sinnvoll umgestaltet würde. Die BALL-Fraktion hat von Anfang an betont, dass die Seeumgebung von weiterer Bebauung frei zu halten ist. Sie befürchtet, dass mittelfristig die Bebauung dichter an den See heranrücken wird, wenn entsprechende Geschäfte locken.

Weiterhin ist die BALL nicht bereit ein Bodenspekulationsgeschäft mit zu unterstützen, indem etwa ein sehr viel Vielfaches gezahlt werden soll für den Ankauf von Ackerland, das vom Land mit 2,00 Euro pro m<sup>2</sup> be-

Stadt muss nicht erhebliche Finanzierungsrisiken eingehen, der Seerandbereich bleibt frei von der Bebauung und kann perspektivisch ökologisch umgestaltet werden. Dabei ist auch klar, dass auch eine kurze Sohlgleite widersprüchlich zur Brüdenwasserproblematik steht und auch nichts Nennenswertes zur Bewältigung der Hochwasserproblematik leistet, denn ursächlich dafür ist neben der Zunahme von Starkregenfällen vor allem die Versiegelung großer Flächen im Stadtgebiet, die im Übrigen durch die Bebauung des Lillschen Hügels noch weiter vorangetrieben würde.

## 440.000,- Euro Infrastrukturabgabe:

# Rückforderungen sind verjährt

Durch mehrere Anfragen der BALL-Fraktion im Jahre 2011 wurde bekannt, dass die Stadt insgesamt ca. 440.000,- Euro an „Infrastrukturabgabe“ von Grundstückskäufern abkassiert hat, und dies offensichtlich rechtswidrig, wie sie in der Beantwortung der BALL-Anfragen selbst



einschätzt. 1996 beschloss der Magistrat der Stadt (hinter geschlossenen Türen) – und nicht die Stadtvertretung! –, dass pro Quadratmeter Baugrundstück 20,- DM pauschal an die Stadt zu zahlen sind, 2003 wurde der Betrag – von den Stadtvertretern der FWB, CDU und SPD – auf 15,- Euro pro Quadratmeter erhöht. Eine solche pauschale Erhebung einer Abgabe ohne vorherige genaue

gezahlten Gelder an die Stadt gewandt. Die Stadt blockt ab und sieht die Forderungen als verjährt an. Im Oktober 2012 hat das Landgericht Itzehoe (LG) dies für die Grundstückseigentümer der Nappenhorn Koppel bestätigt. Sie hätten zu einem früheren Zeitpunkt die Kaufverträge prüfen müssen und sich nicht darauf verlassen sollen, dass der Notar und der Bürgermeister die Verträge rechtlich prüfen. Auf eine Anfrage des BALL-Stadtvertreters Helmut Welk, ob die Verträge überhaupt geprüft wurden, gab es in der letzten Stadtvertreterversammlung, keine ausreichende Antwort.

Die BALL-Fraktion wird auf eine Klärung dieser Fragen drängen und fordert die anderen Fraktionen der Stadtvertretung auf, endlich ihr Schweigen zu brechen und Verantwortung zu übernehmen. Eine öffentliche Erklärung, ob sie bereit sind die Grundstückskäufer trotz Verjährung in irgend einer Form zu entschädigen, ist längst überfällig.

## Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“:  
**Rüstungsexporte stoppen!**

Beim Export todbringender Rüstungsgüter steht die Bundesrepublik jetzt hinter den USA und Russland auf Platz drei der Weltrangliste. Immer mehr Waffen werden in Deutschland produziert und exportiert. Die Rüstungskonzerne steigerten ihre Exporte um 70 Prozent und verkaufen ihre Waffen in ca. 80 Länder. Zwar steht auf irgendeinem Papier etwas von „Menschenrechte beachten“, doch die Wirklichkeit ist eine andere: Leopard II-Panzer nach Saudi-Arabien, Katar und Indonesien, sogar bei den Taliban tauchen deutsche Waffen

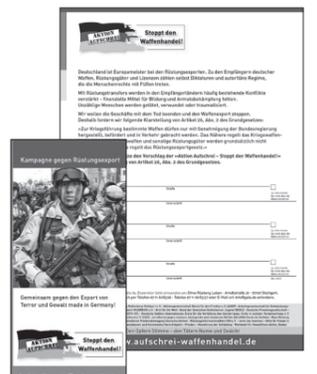
Export sogenannter „Kleinwaffen“ – Gewehre, Pistolen, Panzerfäuste... Dabei handelt es sich auch um Massenvernichtungswaffen. 19 von 20 Menschen sterben in Kriegen, Bürgerkriegen, bei terroristischen oder kriminellen Gemetzeln durch den Einsatz von „Kleinwaffen“. Mit den Gewehren – exportiert oder mit Lizenz im Ausland gebaut – vom deutschen Rüstungskonzern Heckler & Koch seien weltweit in den letzten 40 Jahren mehr als 1.5 Millionen Menschen getötet worden – so zitiert Wikipedia. Durchschnittlich alle 14 Minuten



auf, mit denen dann die deutschen Soldaten beschossen werden. Saudi-Arabien gehört zu den Golfdiktaturen, in denen nach herrschendem Recht gesteinigt oder die Unterdrückung der Frauen sowie oppositioneller Gruppen und religiöser Minderheiten praktiziert wird. Die „christlich-liberale“ Bundesregierung rüstet das Regime, in dem der Besitz einer Bibel mit dem Tode bestraft werden kann, als „wichtigen Partner“ hoch.

Selten erwähnt: Der größte Empfänger deutscher Rüstungsexporte von 2007 bis 2011 war Griechenland (13 Prozent). Einige Milliarden griechischer Staatsschulden flossen in die Taschen deutscher Rüstungskonzerne. Ein Teil der griechischen Rüstungsaufträge kam durch deutsche Bestechungsgelder zustande. Im Dezember 2011 verurteilte das Landgericht München den U-Boot-Bauer, die damalige Thyssen-Krupp Tochter Ferrostaal, wegen Bestechung griechischer Staatsbeamter zu einer Strafe von 140 Millionen Euro. Aber das ist wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs. Ein besonders Kapitel ist der

stirbt ein weiterer Mensch durch eine Kugel aus dem Lauf einer H&K-Waffe – weitaus mehr werden verstümmelt. „Unsere Volkswirtschaft profitiert von der Gewalt und den Kriegen, die wir beklagen“, so Margot Käßmann, die Schirmherrin der bundesdeutschen Initiative „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“. Das Aktionsbündnis wird von Friedens-, kirchlichen und gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden unterstützt. Ziel ist es, bis zur nächsten Bundestagswahl über 260.000 Unterschriften gegen Waffenexporte zu sammeln.



Unterschriftenlisten und weiteres Infomaterial ist erhältlich unter:  
**www.aufschrei-waffenhandel.de**